

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|----|--|----|--|
| 02 | TOP-THEMA: Klimakonferenz in Lima | 09 | Datenschutzaufsicht stärken |
| 03 | Debatte zum Europäischen Rat | 09 | Beschäftigung bei Postnachfolgeunternehmen sichern |
| 05 | Hilfen für Griechenland verlängern | 09 | Bevorzugung von E-Mobilität bei Parkplätzen und Parkgebühren |
| 05 | Afghanistan bei Ausbildung nationaler Sicherheitskräfte unterstützen | 10 | Sicherheit bei Güter- und Personenbeförderung erhöhen |
| 06 | Deutsche Beteiligung an NATO-Operation im Mittelmeer fortsetzen | 10 | Neue Allianz für Aus- und Weiterbildung |
| 06 | Zivile Krisenprävention intensivieren | 11 | Neues vom NSA-Untersuchungsausschuss |
| 07 | Regionale Wirtschaftspolitik fördern | 13 | Bartels wird neuer Wehrbeauftragter des Bundestages |
| 08 | Reichweite und Finanzierung der Deutschen Welle stärken | 13 | Mierscheid wird Namensgeber von Steg |

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE JASMIN HIHAT, STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA
LINNEKUGEL, MARIA MUSSOTTER

TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 19.12.2014 12.00 UHR

TOP-THEMA

Klimakonferenz: Lima ist Etappe – Paris das Ziel

Am 13. Dezember ist die Weltklimakonferenz in Lima nach Verlängerung zu Ende gegangen. Das dort beschlossene Abschlussdokument ist nicht der Befreiungsschlag, den viele Akteure im Bereich des Klimaschutzes und der Umweltpolitik mit Blick auf die Konferenz im Dezember 2015 in Paris erhofft hatten. Denn dort soll erstmalig von allen 195 Staaten ein Nachfolgeabkommen für das bisherige Kyoto-Protokoll verabschiedet werden, das 2020 in Kraft treten soll. Bereits im Mai 2015 soll dazu ein kompletter Entwurf vorliegen.

Eines wissen alle, die auf der Konferenz verhandelt haben: Die Erderwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit darf nicht mehr als zwei Grad Celsius betragen. Andernfalls kann der Klimawandel nicht eingedämmt werden, der bereits Schäden und Verluste vor allem in den armen Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas sowie in Inselstaaten angerichtet hat. Noch, heißt es im aktuellen Bericht des Weltklimarates (IPCC), gibt es eine Chance durch eine ambitionierte Klimaschutzpolitik das Zwei-Grad-Ziel erreichen zu können. Doch dazu muss die Staatengemeinschaft an einem Strang ziehen.

Fire-Wall zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern durchbrechen

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) bezeichnete in ihrer Regierungserklärung am 19. Dezember die Ergebnisse der Klimakonferenz in Lima als solide Grundlage: „Lima ist die Etappe, das Abkommen in Paris ist das Ziel“. Am Ende des Jahrhunderts müsste für die Treibhausgasemissionen eine „grüne null“ stehen. Eine wichtige Aufgabe sei es, die so genannte „Fire Wall“, die Entwicklungsländer und Industriestaaten bisher trennte, aufzulösen. Die Lage habe sich seit dem Kyoto-Protokoll von 1997 geändert, betonte Hendricks. Heute würde die Hälfte des Treibhausgasausstoßes von Schwellen- und Entwicklungsländern verursacht. „Wer mehr verschmutzt als andere und wer wirtschaftlich leistungsfähiger ist, muss mehr leisten als ärmere Länder“. Darum sei in Lima vor allem gerungen worden. Am Ende hätten Staaten wie China diesen Prozess blockiert.

Immerhin hätten in Lima Peru, Kolumbien, Mexiko und Indonesien kleine Beträge in den Grünen Klimafonds (Green Climate Fund) eingezahlt, sagte der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion und Berichterstatter für den Klimaschutz, Frank Schwabe. Er forderte ein, sich mit einer Versicherungslösung für die Länder zu beschäftigen, die unter den Auswirkungen des Klimawandels besonders zu leiden haben.

Die entwicklungspolitische Sprecherin in der SPD-Fraktion, Bärbel Kofler, beschrieb ein Anpassungsprojekt im Senegal. Dort habe es Küstenerosionen durch Überflutungen gegeben. Dagegen sei ein Damm errichtet worden, wodurch die dahinter liegenden Flächen wieder für die Landwirtschaft nutzbar gemacht werden konnten. Damit sei die Ernährungsgrundlage wieder sichergestellt worden, sagte Kofler.

Klimaschutz muss 2015 eine große Rolle spielen

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch, begrüßte es, dass Deutschland durch den Prozess der Energiewende international eine gute Reputation habe. Aber jetzt stehe viel auf dem Spiel: „Wir werden in den kommenden Monaten beweisen müssen, dass das, was wir hier machen, kein Selbstzweck ist“. Fortschritt und Umweltschutz gingen nur zusammen. Deutschland habe eine starke Wirtschaft „weil wir in Erneuerbare Energien investieren und auf Energieeffizienz setzen“. Notwendig sei jetzt eine nationale und internationale Dynamik, um Innovation mit Gerechtigkeit in der Klimapolitik zu verbinden. Mit Blick auf die Klimakonferenz im Dezember 2015 solle der Klimaschutz zum wichtigsten Thema werden: „Denn wir haben nur eine Welt.“

Nun wird es darauf ankommen, dass Deutschland sein Klimaaktionsprogramm durch gesetzliche Maßnahmen umsetzt. Als Gastgeberland des G7-Gipfels im kommenden Jahr trägt Deutschland eine besondere Verantwortung, um das Pariser Klimaschutzabkommen weiter voranzubringen. Miersch und Schwabe fordern dazu eine „Klimaschutzpräsidentschaft“.

Was wurde in Lima erreicht?

Das Abschlussdokument der Klimakonferenz in Lima schreibt fest, dass alle Staaten eigene Klimaschutzbeiträge vorlegen sollen. Bis März 2015 sollen die Staaten, die dazu in der Lage sind, bekannt geben, wie stark sie ihre Treibhausgas-Emissionen reduzieren können. Diese Ziele sollen transparent, vergleichbar und überprüfbar sein. Zusätzlich können die Staaten freiwillige Angaben über Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel machen.

Bis zum Schluss wurde in Lima darum gerungen, nach welcher Aufteilung sich die Staaten künftig am Klimaschutz beteiligen. Im Kyoto-Protokoll wurde nur zwischen Entwicklungs- und Industrieländern unterschieden. Die EU sprach sich wie viele andere Industriestaaten dafür aus, dass die Staaten ihr Engagement künftig stärker nach ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten ausrichten.

Was bringt Deutschland für den Klimaschutz ein?

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat vor der Konferenz ihr Klimaaktionsprogramm zur Erreichung des deutschen CO₂-Reduktionsziels von 40 Prozent vorgelegt. Zudem engagiert sich Deutschland bei der Auffüllung des Grünen Klimafonds. Mit der Zusage von zusätzlichen 50 Millionen Euro, die Deutschland während der Konferenz gegeben hat, liegt der deutsche Fondsbeitrag bei 800 Millionen Euro.

Ist das Zwei-Grad-Ziel noch erreichbar?

Ob das Zwei-Grad-Ziel auf der Grundlage der Ergebnisse von Lima noch erreichbar ist, ist zweifelhaft. Deshalb müssen die Anstrengungen beim Klimaschutz noch ambitionierter werden. Dazu soll die EU eine Allianz mit den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries – LDC) bilden. Das beinhaltet auch eine glaubwürdige Vereinbarung, um die zugesagten 100 Milliarden Euro ab 2020 jährlich für den Grünen Klimafonds (Green Climate Fund) auch wirklich bereitstellen zu können. Damit sollen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in den LDCs finanziert werden. Ebenso gehört dazu eine konsequente Befassung mit den Schäden und Verlusten, die bereits eingetreten sind und noch folgen werden, wie durch Überflutungen oder große Hitze.

EUROPA

Debatte zum Europäischen Rat: Einen gemeinsamen Aufbruch in Europa wagen

Im Jahr 2014 ist es ruhig geworden um die Krise in Europa. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit in einigen Ländern der EU hoch, in vielen Ländern schwächelt die Wirtschaft deutlich. Der neue EU-Kommissionspräsident Juncker hat deshalb eine Investitionsinitiative von rund 300 Milliarden Euro angekündigt. Mittel der Europäischen Investitionsbank (EIB), EU-Garantien sowie weitere Beiträge sollen mithilfe privater und öffentlicher Investitionen auf diese Summe gebracht werden. Dafür soll der Europäische Fonds für strategische Investitionen EFSI gegründet werden mit einem Grundstock von 21 Milliarden Euro. Per so genannter Hebelung (Garantien etc.) soll die Summe auf eben diese 300 Milliarden Euro für 2015 bis 2017 erhöht werden. Davon sind mehr als zwei Drittel für langfristige Investitionen vorgesehen, ein erheblicher Teil aber auch für kleine und mittlere Unternehmen sowie für den Abbau von Investitionshemmnissen.

Am Donnerstagmorgen fand anlässlich des bevorstehenden Europäischen Rates in Brüssel eine Debatte mit einer Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel (CDU) statt. Darin wies der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann auf die grundsätzliche Bedeutung Europas hin: „Die Europäische Union ist die Antwort auf ein Jahrhundert der Kriege zwischen den Nationen“. Seit Jahrzehnten sei „die EU die Friedensmacht in Europa“. Der Konflikt um die Ukraine und Russland zeige eindrücklich die Bedeutung Europas. Frieden komme nicht von selbst. Und deshalb, so fordert Oppermann: „Lassen Sie uns durch Taten einen gemeinsamen Aufbruch in Europa wagen“. So lasse sich den Nationalisten und Rassisten etwas entgegensetzen.

Mehr Wachstum in Europa

Er blieb beim Stichwort Aufbruch und forderte einen Aufbruch vor allem „im Kampf um Wohlstand und Wachstum in Europa“. Der Rat solle hier eine nachhaltige Strategie erstellen. Solide Finanzen seien Voraussetzung für eine nachhaltige Politik, aber: „Durch Sparen allein gelingt keine Wende zu mehr Wachstum“. Er verwies auf die Zinspolitik der EZB, die Sparer belaste und noch kein Wachstum erzeuge.

Nicht zuletzt deshalb sei das Investitionspaket von der EU-Kommission „ein ganz wichtiger Beitrag, um die in einigen Ländern notwendigen Reformen zu unterstützen“. Auch in Deutschland müsse wieder mehr investiert werden.

Ihn ärgert, dass offenbar immer noch viele Länder in Europa ein unfaires Geschäftsmodell mit Steuererleichterungen für internationale Konzerne betreiben. Oppermann: „Es kann nicht sein, dass die einfachen Leute extreme Einbußen tragen und die Reichen geschont werden“. Ebenso könne es nicht sein, dass die ehrlichen Mittelständler ihre Steuern zahlen, während die großen Konzerne ihre Gewinne dort versteuern, wo sie Sonderkonditionen kriegen. „Das muss die EU-Kommission jetzt vordringlich angehen“, bekräftigte Oppermann.

Alle Länder müssen Flüchtlinge aufnehmen

Die Flüchtlingspolitik war ein großer Themenbereich seiner Rede. Denn was in Europa im Umgang mit Flüchtlingen geschieht, sei kein Ruhmesblatt. Deshalb stellt der Fraktionschef klar: „Europa darf nicht wegschauen, wenn Menschen vor Krieg und Terror flüchten“. Alle EU-Länder müssten sich nach einem fairen Schlüssel an der Aufnahme beteiligen.

Und denjenigen, die in Dresden und anderswo demonstrieren, müsse man erklären, „dass wir eine humanitäre Verpflichtung haben gegenüber Menschen, die mit knapper Not ihr Leben und das Leben ihrer Kinder gerettet haben.“ Zudem habe Deutschland wie kaum ein anderes Land auf der Welt ein ökonomisches Interesse an Einwanderung. Oppermann postuliert: „Ohne qualifizierte Einwanderer laufen wir in ein wirtschaftliches Desaster“. Und deshalb brauchen wir „eine Willkommenskultur“. Das sei Aufgabe der gesamten Bundesregierung und des gesamten Deutschen Bundestages.

Um den Menschen ihre Ängste zu nehmen, müssten die Politikerinnen und Politiker argumentieren, differenzieren, informieren, aufklären. Oppermann mahnt, man dürfe nicht zulassen, dass die so genannte Pegida-Bewegung das Feindbild des Islamischen Staates auf die Flüchtlinge überträgt. Die Drahtzieher von Pegida gelte es zu bekämpfen, das seien Nationalisten und Rassisten, die die Ängste von Menschen schüren wollen; mit den Mitläufern aber müsse man reden. Denn mit Rechtsextremen zu demonstrieren sei „ein Problem“.

Dank für das Engagement der Ehrenamtlichen

Thomas Oppermann forderte in seiner Rede, insbesondere diejenigen sichtbar zu machen, die sich für die Flüchtlinge engagieren. Darum dankte er der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, dass sie an diesem Donnerstag, dem Internationalen Tag der Migranten, Menschen aus dem ganzen Land zum Dank für ihr Engagement ins Auswärtige Amt eingeladen hat.

Für Oppermann steht außer Frage: „Nicht wer am lautesten schreit, ist im Recht, sondern diejenigen, die helfen, mit anpacken, solidarisch sind. Das ist die demokratische Mitte unserer Gesellschaft“.

SPD-Fraktionsvize Axel Schäfer machte darauf aufmerksam, dass in diesem Jahr erstmals das EU-Parlament einen EU-Kommissionspräsidenten gewählt hat. Das sei ein großer demokratischer Erfolg. Ebenso ein Erfolg für Europa sei, dass alle Mitgliedstaaten sich einig seien, dass es zu keiner militärischen Lösung im Ukraine-Konflikt kommen dürfe.

FINANZEN

Hilfen für Griechenland verlängern

Die Bundesregierung hat am Donnerstag einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem die Bereitstellungsfrist für Darlehen der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) im Rahmen des laufenden Hilfsprogramms für Griechenland bis zum 28. Februar verlängert werden soll (Drs. 18/3532).

Ziel dieser „technischen“ Verlängerung ist es, das jetzige Programm ordnungsgemäß abzuschließen und die noch ausstehende letzte Tranche der Finanzhilfen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro zu ermöglichen, sobald die inhaltlichen Bedingungen dafür erfüllt sind.

Mit einem zweiten Antrag soll der Gouverneursrat des ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) grundsätzlich ermächtigt werden, Griechenland nach Abschluss des laufenden Programms vorsorgliche Finanzhilfe in Form einer Kreditlinie mit erweiterten Bedingungen (Enhanced Conditions Credit Line/ECCL) zu gewähren.

Ziel der vorsorglichen Finanzhilfe ist es, Griechenland beim regulären Zugang zur Marktfinanzierung zu unterstützen. Weder die Verlängerung des laufenden Programms noch die vorsorgliche Finanzhilfe führen zu einer Erhöhung des Gesamtvolumens der Hilfen an Griechenland. Für die vorsorgliche Kreditlinie sind nach einer positiven Grundsatzentscheidung dann eine Vereinbarung über die wirtschaftspolitischen Konditionen und eine Finanzhilfevereinbarung zu verhandeln, die dem Deutschen Bundestag zur erneuten Entscheidung vorzulegen sind.

AUSSENPOLITIK

Afghanistan bei Ausbildung nationaler Sicherheitskräfte unterstützen

Afghanistan übernimmt mit Beendigung des NATO-geführten ISAF-Einsatzes die hauptsächliche Verantwortung, um die Sicherheit seiner Bevölkerung zu gewährleisten. Gleichwohl wird Afghanistan auch nach Ende des ISAF-Einsatzes die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft im Sicherheitsbereich benötigen.

Ziel der neuen, NATO-geführten RESOLUTE SUPPORT MISSION ist deshalb die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der nationalen afghanischen Sicherheitskräfte. Die Dauer des Mandats ist auf zwölf Monate festgelegt. Die Personalobergrenze soll bei 850 Soldatinnen und Soldaten liegen. Wichtig ist: Resolute Support Action ist kein Kampfeinsatz, trotzdem kann es im Zuge der Selbstverteidigung zu Kampfhandlungen kommen. Die Bundesregierung wirkt

derzeit im engen Austausch mit den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates darauf hin, vor Beginn der Mission eine entsprechende UN-Resolution zu erreichen. Die Mission ist dabei Teil einer langfristigen politischen Strategie: Nach Beendigung dieser Mission wird die internationale Gemeinschaft weiterhin einen Beitrag leisten zum nachhaltigen Aufbau Afghanistans. Deutschland wird dabei auch weiterhin seiner Verantwortung für eine friedliche Fortentwicklung Afghanistans wahrnehmen. Schwerpunkte unseres Engagements sind entwicklungspolitische Maßnahmen und Stärkung der staatlichen Strukturen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dem Antrag (Drs. 18/3246, 18/3583) am Donnerstag in namentlicher Abstimmung zugestimmt.

Deutsche Beteiligung an NATO-Operation im Mittelmeer fortsetzen

Die Seeraumüberwachungsoperation ACTIVE ENDEAVOUR (OAE) erstellt im Mittelmeer mit Schiffen, Luftfahrzeugen (AWACS) und unter Nutzung multinationaler Informationssysteme ein umfassendes Lagebild für den gesamten Mittelmeerraum. Der Bundestag hat nun dem Antrag der Bundesregierung zugestimmt, das Mandat für OAE bis zum 31. Dezember 2015 zu verlängern. Es sollen unverändert bis zu 500 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden können.

Aus Sicht der Bundesregierung stehen die Einsatzrealität und das auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 zurückgehende Einsatzprofil jedoch nicht mehr miteinander im Einklang. Daher setzt sie sich mit Nachdruck für eine Weiterentwicklung des Einsatzprofils von OAE ein. Insbesondere wird eine Entkopplung der Operation von Artikel 5 des NATO-Vertrages angestrebt. Sollte der Operationsplan von OAE entsprechend verändert werden, würden seitens der Bundesregierung die rechtlichen und politischen Einsatzbedingungen für eine fortgesetzte deutsche Beteiligung an OAE umgehend auf den Prüfstand gestellt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dem Antrag (Drs. 18/3247, 18/3584) am Donnerstag in namentlicher Abstimmung zugestimmt.

Zivile Krisenprävention intensivieren

Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung sind zu einem Kennzeichen deutscher Außen- und Friedenspolitik geworden. Deutschland hat in den vergangenen Jahren bei der Entwicklung und Verbreitung ziviler krisenpräventiver Instrumente eine Führungsposition in Europa und weltweit eingenommen. Zivile Krisenprävention bedeutet, vorsorgend in Frieden und Stabilität zu investieren, etwa durch die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung, die Ausbildung von Polizei- und Sicherheitskräften und die Stärkung der Zivilgesellschaft.

Der Vierte Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" zieht eine Bilanz der Jahre 2010 bis 2014 und stellt die Schwerpunkte und strategischen Ziele für die zivile Krisenprävention in der 18. Wahlperiode dar.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Bundesregierung darin unterstützen, die Krisenprävention und Konfliktbearbeitung noch weiter zu intensivieren und die Kooperation und Koordination mit den internationalen Partnern Deutschlands weiter auszubauen sowie die friedenspolitische Arbeit nationaler und lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure weiter zu fördern.

WIRTSCHAFT

Regionale Wirtschaftspolitik fördern

Die regionale Wirtschaftspolitik hat zum Ziel, Wachstumspotenziale durch gemeinsame Maßnahmen von Bund und Ländern in strukturschwachen Regionen zu fördern. Das sorgt nicht zuletzt für mehr Beschäftigung.

Ein von den Koalitionsfraktionen am Freitag ins Parlament eingebrachter Antrag (Drs. 18/3404) verdeutlicht, wie wichtig regionale Wirtschaftsförderung nach wie vor für Deutschland ist. Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ist das zentrale und bewährte Instrument der deutschen Regionalförderung. Ihr grundgesetzlich verankertes Ziel ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet, insbesondere in Regionen, die den Strukturwandel nicht aus eigener Kraft bewältigen können.

Jetzt werden durch die Umsetzung des Koalitionsvertrages Standortnachteile in besonders strukturschwachen Regionen in Ost- und Westdeutschland durch die Förderung gezielter gewerblicher Investitionen und der wirtschaftsnahen Infrastruktur gemindert. Lag der Schwerpunkt der regionalen Wirtschaftsförderung zu Beginn auf den strukturschwachen Regionen in Bayern, Rheinland-Pfalz und im Saarland, dann auf dem monostrukturierten Ruhrgebiet, so wurde die GRW nach und nach bedeutender für die Grenzregionen der Bundesrepublik (Zonenrandförderung) und sorgte nach der Wiedervereinigung dafür, dass es in den neuen Bundesländern mehr Wirtschaftswachstum und weniger Ungleichheiten gibt.

Die Wirtschaftskraft je Einwohner liegt in allen deutschen Regionen deutlich über 75 Prozent des EU-Durchschnitts. Diese Entwicklung hat zur Konsequenz, dass von 2014 an eine geringere Zuteilung von Mitteln aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds für Deutschland erfolgt und damit der in der Vorperiode den neuen Bundesländern zugutekommende Höchstförderstatus verloren geht.

Darüber hinaus schränkt der Wegfall der Investitionszulage zu Beginn dieses Jahres den innerdeutschen, regionalpolitischen Handlungsspielraum spürbar ein. Trotz der ausgesprochen positiven Entwicklung in Deutschland im europäischen Vergleich besteht weiterhin ein großer politischer Handlungsbedarf zur Förderung der regionalen Wirtschaft innerhalb des Bundesgebietes.

Strukturbrüche innerhalb der Regionen

Auch wenn die regionalpolitische Förderkulisse bis 2020 gesichert ist, müssen bereits heute die Weichen für die künftige Ausgestaltung der regionalen Wirtschaftsförderung gestellt werden. Vor dem Hintergrund der Zukunftsdebatte zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen sowie des Auslaufens ostspezifischer Förderinstrumente gilt es, ein gesamtdeutsches System der regionalen Wirtschaftsförderung mit der Ausrichtung auf Investition und Wachstum zwischen Bund und Ländern zu erarbeiten – wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Insgesamt ist zu beobachten, dass es, trotz der insgesamt positiven Entwicklung, weiterhin strukturschwache Regionen in Deutschland gibt. Auffällig dabei: Die Strukturbrüche und Disparitäten haben nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Regionen zugenommen. Insbesondere der demographische Wandel ist ursächlich dafür. Darüber hinaus sind beispielsweise die Arbeitsmarktlage oder die Verfügbarkeit von Fachkräften Indikatoren, die sich zwischen strukturschwächeren ländlichen, teilweise altindustriellen Regionen und strukturstärkeren Regionen auseinander entwickeln. Vor diesem Hintergrund verfolgt die SPD-Bundestagsfraktion einen integrierten, verschiedene Politikfelder umfassenden Lösungsansatz.

Die Bundesregierung soll auch künftig darauf achten, dass das gesamtdeutsche System der regionalen Wirtschaftsförderung und die bestehenden wirtschaftspolitischen Instrumente sinnvoll aufeinander abgestimmt sind, um beispielsweise eine optimale Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen zu gewährleisten.

KULTUR

Reichweite und Finanzierung der Deutschen Welle stärken

Der Bundestag hat einem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD zugestimmt und damit die von der Deutschen Welle (DW) im Entwurf vorgelegte Aufgabenplanung für die Jahre 2014-2017 (Drs. 18/2536) bewilligt.

Die DW will sich zukünftig auf folgende drei Ziele konzentrieren:

- Höhere Relevanz bei Entscheidern und Teilnehmern der politischen Willensbildung,
- Steigerung der Reichweite und
- das Erreichen einer Spitzenposition unter den Auslandssendern.

Programmlich im Mittelpunkt sollen daher künftig relevante Informationen zur weltweiten Nachrichtenagenda stehen, die mit Hintergründen vertieft, aus deutscher und europäischer Sicht analysiert und eingeordnet werden.

Der Auslandssender wolle sein Profil als relevanter Informationsanbieter mit hoher Regionalkompetenz stärken, gerade auch angesichts zunehmender Konkurrenz durch finanzkräftige Sender zum Beispiel aus Russland und China, erklärte der kultur- und medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Martin Dörmann.

Die Kultur- und Medienpolitiker im Bundestagsausschuss waren sich zuvor uneins über die neue Ausrichtung der Deutschen Welle. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen verabschiedete der Bundestag jedoch nun den im Ausschuss favorisierten Entschließungsantrag der SPD- und Union-Fraktion.

Nachhaltige Finanzierung für den Auslandssender sichergestellt

Dörmann ist erfreut über das Ergebnis. Damit die freiheits- und wertorientierten Angebote der Deutschen Welle in vollem Umfang umgesetzt werden können, stelle der Bundestag nun eine nachhaltige Finanzierung sicher. Für ihn ist klar: „Die DW ist eine wichtige Botschafterin Deutschlands und eine Stimme der Freiheit in der Welt. Angesichts zahlreicher Krisen und demokratiefeindlicher Tendenzen in vielen Ländern wächst ihre Bedeutung für die globale Kommunikation und Wertevermittlung weiter.“

Nach dem Deutsche-Welle-Gesetz sind der DW die Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, die es ihr ermöglichen, diejenigen Programme zu veranstalten, die unter Berücksichtigung der rundfunktechnischen Entwicklung zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

INNERES**Datenschutzaufsicht stärken**

Mit einem Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes wird die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) in eine neue oberste Bundesbehörde mit Dienstsitz Bonn überführt. Damit soll die Bedeutung des Datenschutzes politisch und rechtlich unterstrichen werden.

Der SPD-Fraktion ist es gelungen, die Beauftragte in ihrer Unabhängigkeit weiter zu stärken. Laut Regierungsentwurf sollten Zeugenaussagen, wenn sie den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung berühren, von der Regierung genehmigt werden müssen. Das haben die Sozialdemokraten in eine Konsultationspflicht umgewandelt, die die Letztentscheidung bei der BfDI lässt.

Die SPD-Fraktion hat dem Gesetzentwurf (Drs. 18/2848) am Donnerstagabend in 2./3. Lesung zugestimmt.

Beschäftigung bei Postnachfolgeunternehmen sichern

Mit einem am Donnerstagabend von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf sollen den seit der Privatisierung der Post eingetretenen unternehmerischen Entwicklungen Rechnung getragen und die organisatorischen Strukturen und rechtlichen Instrumentarien im Postnachfolgebereich zukunftssicher aufgestellt werden.

Das Post-Dienstrecht wird hierzu weiterentwickelt, und die Möglichkeiten, private Unternehmen mit der Wahrnehmung der dem Dienstherrn Bund obliegenden Rechte und Pflichten zu beleihen, werden angepasst. Zielsetzung ist, die Beschäftigung der bei den Postnachfolgeunternehmen (Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG) noch immer tätigen rund 100.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten nachhaltig zu sichern.

VERKEHR**Bevorzugung von E-Mobilität bei Parkplätzen und Parkgebühren**

Am Donnerstag hat der Bundestag in 1. Lesung das Elektromobilitätsgesetz beraten (Drs. 18/3418), mit dem die Koalition elektrisch betriebene Fahrzeuge fördern will. Dazu sollen Kommunen unter anderem die Möglichkeit bekommen, speziell für Elektrofahrzeuge Parkplätze auszuweisen und Parkgebühren zu erlassen.

Als Voraussetzung dafür müssen privilegierte Elektroautos künftig gekennzeichnet werden können. Bevorzugt werden nur Fahrzeuge, die eine bestimmte Reichweite rein elektrisch zurücklegen können. Dabei können neben Elektrofahrzeugen auch Brennstoffzellenfahrzeuge und von außen aufladbare Hybridelektrofahrzeuge E-Kennzeichen erhalten. Das Gesetz stellt einen weiteren Baustein für das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel von einer Million Elektrofahrzeugen im Jahr 2020 dar.

Sicherheit bei Güter- und Personenbeförderung erhöhen

Fahrzeuge zur Güterbeförderung mit zulässiger Höchstmasse über 3,5 Tonnen und Fahrzeuge zur Beförderung von mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) müssen mit einem Fahrtschreiber ausgerüstet sein. Mit dem Fahrtschreiber soll die Einhaltung der vorgeschriebenen Lenk- und Ruhezeiten überwacht werden. Im Rahmen einer EU-Verordnung sollen die Wirksamkeit und Effizienz des Fahrtschreibersystems verbessert werden. Mit einem Gesetz werden nun die nationale Fahrerpersonalverordnung sowie die Bußgeldvorschriften an das neue Unionsrecht angepasst.

Am Donnerstagabend stimmte die SPD-Fraktion diesem Entwurf eines „Vierten Gesetzes zur Änderung des Fahrpersonalgesetzes zu“ (Drs. 18/3254).

BILDUNG

Neue Allianz für Aus- und Weiterbildung

Eine neue Allianz für Aus- und Weiterbildung löst den zum Ende des Jahres 2014 auslaufenden Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs ab. Sie sei „ein starkes Bekenntnis zur Berufsbildung“ und leite die notwendigen Schritte zur Umsetzung der von der SPD-Bundestagsfraktion geforderten Ausbildungsgarantie ein, sagen Willi Brase und Rainer Spiering, beide Berichterstatter für Berufliche Bildung der SPD-Bundestagsfraktion. Für die SPD-Fraktion ist es ein großer Erfolg im Sinne der Jugendlichen, dass Wirtschaft, Länder, Bund und die Gewerkschaften als neuer Partner hinter der Allianz stehen und gemeinsam die Lage auf dem Ausbildungsmarkt verbessern wollen.

Die Partner werden künftig gemeinsam daran arbeiten, sowohl mehr leistungsstarke Jugendliche für die berufliche Bildung zu gewinnen als auch mehr Jugendlichen mit schlechteren Startchancen, jungen Menschen mit migrationsbedingten Problemlagen sowie Menschen mit Behinderung eine betriebliche Berufsausbildung zu ermöglichen.

Zusätzliche Ausbildungsplätze, Einstiegsqualifizierungen und Praktika

Nachdem die Zahl der Ausbildungsplätze in den vergangenen Jahren kontinuierlich sank, haben sich die Wirtschaftsvertreter der Allianz für 2015 verpflichtet, 20.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die SPD-Fraktion schätzt dieses dringend nötige Engagement der Wirtschaft.

Zusätzlich wurde vereinbart, dass die bisherigen Probleme beim Übergang von der Schule in Ausbildung durch ein ganzheitliches Konzept der Berufsorientierung minimiert werden sollen. So wurde beispielsweise vereinbart, jährlich 20.000 Einstiegsqualifizierungen zu schaffen, um Jugendlichen mit Startschwierigkeiten durch praktische und betriebliche Orientierung eine erfolgreiche Brücke in die Ausbildung zu bauen.

In diesem Zusammenhang soll es, beginnend mit dem Ausbildungsjahr 2015/2016, so genannte „assistierte Ausbildungen“ geben. Jugendliche, die bislang keine Chance auf eine betriebliche Ausbildung hatten, würden fortan als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft am ersten Arbeitsmarkt teilhaben können, lobte Katja Mast, arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Modellversuche, unter anderem in Baden-Württemberg, haben gezeigt: Mit der assistierten Ausbildung werden Risiken minimiert, dass Jugendliche in der Ausbildungszeit das Handtuch werfen“, so Mast. Zudem erhalten „Ausbildungsbetriebe Unterstützung, indem sie bei der Umsetzung des Konzepts beraten werden“.

Das geht Hand in Hand mit den zusätzlichen 500.000 Praktika, die die Wirtschaft jährlich für die Berufsorientierung zur Verfügung stellen wird. Wirtschaft, Gewerkschaften und Länder werden dafür gemeinsame Qualitätsstandards erarbeiten.

Allianz schafft Grundlage für Umsetzung des Koalitionsvertrages

Für SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil und den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Ernst-Dieter Rossmann ist diese „breiter und substanzieller aufgestellte“ Allianz eine hervorragende Grundlage, um die drei sozialdemokratischen Kernziele für die berufliche Ausbildung im Koalitionsvertrag mit Leben zu erfüllen: Kein ausbildungswilliger und -fähiger junger Mensch bleibe künftig ohne einen individuellen „Pfad“ zu einer vollqualifizierenden Ausbildung (Ausbildungsplatzgarantie). Die Wirtschaft weite erstmals seit Jahren ihr Engagement in der betrieblichen Ausbildung wieder nachprüfbar aus. Und die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt werden nun von Bund, Ländern und bei den Sozialpartnern in einem übergreifenden Konzept und gemeinsam angegangen.

NSA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Weitere Befragungen, Kooperationen neben EIKONAL nicht ausgeschlossen

Am 18. Dezember wurde der ehemalige Abteilungsleiter des Bundesnachrichtendienstes (BND), Reinhardt Breitfelder, vom NSA-Untersuchungsausschuss zum Projekt EIKONAL befragt. Damit musste das erste Mal ein Zeuge, der direkt unterhalb der politischen Ebene tätig war, im Ausschuss aussagen.

Hinter EIKONAL steht eine Kooperation zur Datenerfassung zwischen dem BND und dem US-amerikanischen Geheimdienst NSA. Breitfelder sollte vor allem zur Einleitung des Projekts, zu den wesentlichen Entscheidungen im Laufe der Umsetzung und seiner Entwicklung befragt werden. Der Zeuge sprach im Ausschuss davon, dass der BND offenbar geplant hatte, neben einem Kabel in Frankfurt noch weitere zu überwachen. „Ich kann mir denken, über was Sie reden“, sagte Breitfelder, als ihn SPD-Obmann Christian Flisek nach weiteren Projekten fragte. Genauer wollte der Zeuge in öffentlicher Sitzung jedoch nicht darauf eingehen. Ansonsten bestätigte Breitfelder, was sich bereits aus anderen Befragungen ergeben hatte: Der BND ist offensichtlich mit der NSA eine Partnerschaft eingegangen, bei der der deutsche Nachrichtendienst gefilterte Daten an die USA gegen Technik lieferte. Die Kooperation sei wegen der intensiven Filterung sehr „zäh“ gewesen, so Breitfelder. Er bestätigte zudem, dass es innerhalb des BND Bedenken gegen Eikonale gegeben habe. Dass die USA heimlich durch eine Hintertür in der Software ungefilterte Daten aus dem Frankfurter Kabel erfassen konnten, schloss der BND-Mann aus.

Bereits am 4. Dezember hatte der im Ausschuss vernommene Projektleiter EIKONAL nicht ausgeschlossen, dass es neben EIKONAL ein weiteres Projekt mit einem Nachrichtendienst der „Five-Eyes-Staaten“ (USA, Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland) mit Zugriff auf ein Datenkabel gebe oder gegeben habe. Dieser Komplex müsse weiter untersucht werden, sagte Flisek am 17. Dezember gegenüber Pressevertretern. Dazu müssten weitere Akten beigezogen werden. Es sei zu prüfen, ob diese Projekte wirklich durchgeführt wurden oder lediglich in Planung waren.

Fragen zur Schwachstellenanalyse

Als weitere Zeugin wurde am 18. Dezember in öffentlicher Sitzung die Informatikerin vernommen, die eine „Schwachstellenanalyse“ zur eingesetzten Filtersoftware innerhalb des BND durchführte. Bereits vor der Vernehmung war bekannt, dass die Analyse im Probebetrieb

zur Filterung paketvermittelter Daten (z. B. Internetkommunikation) durchgeführt wurde, und nicht im laufenden Projekt. Sie diene wohl auch als Argument, um die Filterung und Selektion von Daten zum Schutz des Grundrechts aus Artikel 10 Grundgesetz zu intensivieren. Flisek erhoffte sich von der Vernehmung einen Einblick in die „Architektur“ von BND-Projekten. Seinem Eindruck nach habe beim BND der einhundertprozentige Grundrechtsschutz immer als Maßgabe gegolten.

Telekomvorstand hat Erinnerungslücken

„Eigentümlich“ fand Flisek die Befragung des früheren Vorstandsvorsitzenden der Telekom, Kai-Uwe Ricke. Ricke war als Zeuge geladen worden, weil der BND im Rahmen des Projekts EIKONAL mit der Telekom kooperiert haben muss. „Allerdings hat sich Herr Ricke an nichts erinnern und auch nichts sagen können, was in Bezug zur Arbeit des Untersuchungsausschusses stehen könnte“, berichtete Flisek. Nur an ein Abendessen in einem italienischen Restaurant in Bonn mit dem damaligen BND-Chef August Hanning sei Ricke eingefallen. Nun müssen zu diesem Komplex zwei bis vier weitere Zeugen geladen werden, auch um zu klären, wie der Termin von Ricke mit dem BND-Chef innerhalb der Telekom vorbereitet worden war.

Die Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und die Linke bestehen darauf, Edward Snowden im NSA-Ausschuss in Berlin zu verhören. Die CDU/CSU-Fraktion lehnt dies kategorisch ab. Im Gegensatz dazu ist die SPD-Fraktion an einer Vernehmung des Zeugen Snowden durchaus interessiert, macht das aber nicht vom Ort der Vernehmung abhängig.

Die Opposition ist im September 2014 vor das Bundesverfassungsgericht (BVfG) gezogen. Am 12. Dezember hat das BVfG die Organklage zur Vernehmung Snowdens abgewiesen. Der Grund dafür ist, dass die Bestimmung von Ort und Zeit der Zeugenbefragung des Whistleblowers nicht zu den Oppositionsrechten gehört.

Christian Flisek berichtete in diesem Zusammenhang, dass nächstes Jahr mit dem Bundesjustizministerium über die abschlägige Reaktion auf das Amtshilfeersuchen zu den amerikanischen Straftatvorwürfen gegenüber Snowden gesprochen werden muss. Die Begründung – nicht vom Untersuchungs-auftrag gedeckt (Kernbereich) – verfange nicht, so Flisek. Die einzige möglicherweise überzeugende Begründung, dass US-Partner beim Inhalt des Festnahmeersuchens Vertraulichkeit verlangen, führt das Justizministerium nicht ins Feld. Zur Klärung soll die Staatssekretärin Stefanie Hubig in die Obleuterunde eingeladen werden.

Generalbundesanwalt ermittelt wegen abgehörtem Handy der Kanzlerin

Flisek begrüßte ausdrücklich, dass Generalbundesanwalt (GBA) Harald Range den Empfehlungen der Staatsanwälte nicht gefolgt ist, und das Ermittlungsverfahren zur Abhörung des Handys der Kanzlerin nun fortgesetzt wird. Der SPD-Obmann hatte bereits vor einigen Wochen geäußert, dass die Einstellung des Verfahrens das falsche Signal wäre. Er wolle jetzt klären, wie die Arbeit zwischen GBA und Untersuchungsausschuss besser verzahnt werden könne. Deshalb solle das Ermittlungskonzept von Range in einer Runde der Obleute im Ausschuss vorgestellt werden.

In Bezug auf das Verhalten der Oppositionsfraktionen im Ausschuss sagte Flisek, dass die Einschüchterung von Zeugen, z. B. indem sie der Lüge bezichtigt werden, nicht unbedingt im Sinne des Aufklärungsinteresses sei. Er stellte erneut klar, dass er keinen Widerspruch hinsichtlich der Zeugen-aussagen im öffentlichen Teil der Vernehmung gegenüber der nichtöffentlichen feststellen könne. Eine unterschiedliche Qualität der Zeugenaussagen gebe es auf jeden Fall. Flisek bewertete das Verhalten der Oppositionsabgeordneten als Masche. Sie brächten die Zeugen in Misskredit, weil sich nicht die Antworten bekämen, die sie hören wollen.

Im Jahr 2015 wird der Ausschuss zusätzlich zu den regulären Sitzungen sechs Sondersitzungen abhalten. Die erste davon findet am 16. Januar statt. Dann muss der frühere Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar Rede und Antwort stehen.

PERSONALIE

Hans-Peter Bartels wird neuer Wehrbeauftragter des Bundestages

Der bisherige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Hans-Peter Bartels (Jahrgang 1961), wird von Mai 2015 an die Funktion des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages übernehmen. Dazu hat ihn das Parlament am 18. Dezember gewählt (Drs. 18/3547). Der SPD-Abgeordnete aus Kiel gehört seit 1998 dem Bundestag an. Von 2002 bis Oktober 2013 war Bartels stellvertretender verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Bartels wird den aktuellen Wehrbeauftragten Hellmut Königshaus ablösen. Der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete bekleidet das unabhängige Amt seit 2010.

Sobald Hans-Peter Bartels sein Amt antritt, darf er nicht mehr Mitglied des Bundestages und damit auch nicht der SPD-Bundestagsfraktion sein. So schreibt es die Verfassung vor.

Wahl, Rolle und Aufgaben des Wehrbeauftragten

Nach Artikel 45 b des Grundgesetzes ist der Wehrbeauftragte "zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle" über die Streitkräfte tätig. Seine genauen Aufgaben und Befugnisse sind im Wehrbeauftragtengesetz geregelt.

Der Wehrbeauftragte wird vom Deutschen Bundestag in geheimer Wahl für fünf Jahre gewählt. Er ist weder Mitglied des Bundestages noch Beamter.

Mindestens einmal jährlich gibt der Wehrbeauftragte einen Bericht über seine Arbeit an das Parlament.

Um seine verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen, stehen dem Wehrbeauftragten umfangreiche Rechte zu. Er hat ein Recht auf Auskunft und Akteneinsicht gegenüber dem Verteidigungsminister und dessen unterstellten Dienststellen. Der Wehrbeauftragte kann die Truppe jederzeit besuchen - auch unangemeldet. Zudem hat er die Möglichkeit, Berichte über die Disziplinargewalt in den Streitkräften anzufordern und kann straf- oder disziplinargerichtlichen Verfahren beiwohnen.

Neben der Kontrollfunktion übernimmt der Wehrbeauftragte noch eine weitere wichtige Aufgabe. Er ist der Ombudsmann der Streitkräfte und damit Ansprechpartner für alle Soldatinnen und Soldaten.

EHRUNG

Mierscheid wird Namensgeber von Steg

Er ist so viel unterwegs, dass ihn kaum jemand je zu Gesicht bekommt. Der SPD-Parlamentarier Jakob-Maria Mierscheid wird Namensgeber der Brücken zwischen Jakob-Kaiser- und Lüders-Haus. Doch wo steckt der scheue Abgeordnete?

Es stürmt und ist zugig am vergangenen Montag, doch Katharina Barley ist bestens gelaunt. Sie hebt das große, silbern schimmernde Schild auf und hält es an das Geländer der oberen Brücke zwischen Jakob-Kaiser-Haus und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Die beiden Parlamentsgebäude werden über zwei Stege über der Spree miteinander verbunden. Thomas Oppermann greift zur Bohrmaschine und befestigt das Schild an der Brüstung. Applaus der Gäste brandet auf. Gemeinsam mit Michelle Münterfering blicken beide zufrieden auf ihr Werk:

Jakob-Maria-Mierscheid-Steg prangt darauf in großen Lettern. Die so genannte höhere Beamtenlaufbahn heißt ab sofort Mierscheid-Steg. Damit soll der langjährige Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion für seine Verdienste geehrt werden. Doch wo steckt der Namensgeber?

SPD-Fraktionschef Oppermann macht es spannend: "Jakob Mierscheid ist nicht nur einer der treuesten Abgeordneten der SPD-Fraktion, sondern auch einer der fleißigsten, immer ist er unterwegs." Oppermann räumt ein: "Ich habe ihn selbst noch nie gesehen, seit ich Ämter in der Fraktion habe". Deshalb sei es auch an diesem Montagmittag typisch, dass Mierscheid nicht persönlich da sei – obwohl er doch heute geehrt wird.

Oppermann schmunzelt: "Gäbe es Jakob Mierscheid nicht, müsste man ihn erfinden."

Da ergreift seine Fraktionskollegin Katharina Barley, Justiziarin der Fraktion, das Wort: "Ich komme ja aus dem Wahlkreis von Jakob, und er hat mir heute früh eine SMS geschickt, dass die Hunsrück-Bahn streikt, und er deshalb nicht kommen könne".

Jakob-Maria Mierscheid wird als feste Größe wohl auch weiterhin ein politisches Phänomen und Phantom bleiben.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>